

26.10.87

EG - A - Fz

Empfehlungen

der Ausschüsse

zur

Mitteilung der Kommission der Europäischen Gemeinschaften:
Bilanz der Maßnahmen zur Steuerung der Agrarmärkte und
Perspektiven der Gemeinsamen Agrarpolitik

KOM(87) 410 endg.; Ratsdok. 8250/87

Punkt der 582. Sitzung des Bundesrates am 6. November 1987

A

Der federführende Ausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaften (EG) und der Agrarausschuß (A) empfehlen dem Bundesrat, zu der Vorlage wie folgt Stellung zu nehmen:

EG
A

1. Der Bundesrat begrüßt, daß die Kommission mit der vorliegenden Mitteilung eine umfassende Zwischenbilanz über die Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik seit Vorlage des Grünbuches im Juli 1985 zieht und gleichzeitig ihre Vorstellungen über die künftige Gestaltung der Gemeinsamen Agrarpolitik darstellt.

...

EG
A 2. Er teilt die Einschätzung der Kommission (Abschnitt II der Mitteilung), daß die markt- und preispolitischen Maßnahmen der letzten Jahre dazu beigetragen haben, den Kostenanstieg für die Marktorganisation im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik zu vermindern. Er weist darauf hin, daß diese Maßnahmen die Einkommenssituation der landwirtschaftlichen Betriebe in der Bundesrepublik Deutschland belasten.

EG
A 3. Der Bundesrat unterstützt grundsätzlich die Bemühungen der EG-Kommission, die Agrarproduktion und die Ausgaben im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik einzudämmen.

Er stimmt der Kommission zu, daß es vorrangiges Ziel sein muß, der europäischen Landwirtschaft neue Zukunftsperspektiven zu eröffnen.

In Übereinstimmung mit der Kommission müssen dabei insbesondere folgende notwendige Ziele verfolgt werden:

- die Erhaltung des Familienbetriebes,
- die Erhaltung eines sozialen Gefüges in den ländlichen Gebieten,
- die Wahrung der natürlichen Umwelt,
- der Schutz der seit Jahrtausenden von der Landwirtschaft geprägten Landschaft.

EG
A 4. Der Bundesrat bedauert angesichts dieser einvernehmlichen Auffassungen, daß die EG-Kommission in ihren Überlegungen zur Steuerung der Agrarmärkte ihre einseitige Strategie der Marktregulierung durch Preisdruck fortsetzen will.

...

Er weist hierzu mit Nachdruck darauf hin, daß dadurch die bäuerliche Landwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland langfristig gefährdet ist.

- A 5. Der Bundesrat spricht sich gegen die Absicht der Kommission aus, die gesamte EG-Agrarpolitik dem Primat der Haushaltspolitik und -stabilisierung unterzuordnen. Diese Bemühungen der Kommission um eine haushaltsmäßig möglichst perfekte Lösung würde den Handlungsspielraum für alle agrarpolitischen Maßnahmen in nicht vertretbarer Weise einschränken.

Dieser Empfehlung widersprechen der Ausschuß für Fragen der Europäischen Gemeinschaften und der Finanzausschuß mit folgender

Begründung:

Es gibt kein Feld der Politik, auf dem finanzpolitische Notwendigkeiten vernachlässigt werden können.

- EG A 6. Der Bundesrat lehnt die von der Kommission geforderte erhebliche Ausweitung ihrer Befugnisse zu Lasten des Rates nachdrücklich ab; denn der Rat hat eine umfassende politische Verantwortung für alle Bereiche der Gemeinsamen Agrarpolitik und somit auch für die Markt-, Haushalts- und Einkommenspolitik.
- EG A 7. Der Bundesrat weist darauf hin, daß die von der Kommission vorgesehene Möglichkeit, im laufenden Wirtschaftsjahr Markt-, Preis- und Interventionsbedingungen auf dem Verwaltungsweg ändern zu können, zu einer vollständigen Verunsicherung von Handel und Erzeugern führen würde und deshalb strikt abzulehnen ist.

...

- EG
A 8. Die von der EG-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Produktionseinschränkung und zur Haushaltsstabilisierung basieren auf dem Prinzip der Gesamthaftung. Dies führt zu einem anhaltenden Wettlauf um Produktions- und Marktanteile.
- EG
A 9. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, in Brüssel darauf hinzuwirken, daß dem Verursacherprinzip stärker Rechnung getragen wird. Die Verantwortung für die Finanzierung zusätzlicher Überschußmengen muß von den Mitgliedstaaten getragen werden, die sie verursacht haben.
- EG
A 10. Der Bundesrat bittet die Bundesregierung, sich mit Nachdruck dafür einzusetzen, daß Erfolge bei der Verringerung der Produktion und der Marktordnungsausgaben nicht durch höhere Importe zunichte gemacht werden.
- EG
A 11. Der Bundesrat vermißt bei den Vorschlägen der Kommission Maßnahmen, die eine gleichgewichtige Verteilung der Bemühungen zur Marktstabilisierung auf alle Mitgliedstaaten gewährleisten. Bemühungen zur Marktentlastung in einzelnen Mitgliedstaaten dürfen nicht durch Produktionsausweitungen in anderen Mitgliedstaaten konterkariert werden.
- EG
A 12. Im übrigen behält sich der Bundesrat vor, zu den angekündigten Berichten zu den einzelnen Produktbereichen gesondert Stellung zu nehmen.

B

Der Finanzausschuß hat, abgesehen von dem Widerspruch zu Ziffer 5 der Empfehlungen, zu der Vorlage keinen Beschluß gefaßt.